EZ/OZ: 1436/1

Dringliche Anfrage (§ 68 GeoLT)

eingebracht am 03.06.2026, 16:28:04

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne)
Fraktion(en): Grüne
Regierungsmitglied(er): Landesrat Mag. Hannes Amesbauer, BA

Betreff:
Hitze trifft nicht alle gleich: Wie begegnet die Landesregierung den sozialen Folgen der Klimakrise für armutsgefährdete und vulnerable Menschen in der Steiermark?

Die Auswirkungen der Klimakrise sind längst auch in der Steiermark spürbar. Die Zahl der Hitzetage und Tropennächte nimmt zu, insbesondere in dicht bebauten Siedlungsräumen und Ballungszentren. Hitze zählt bereits heute zu den größten klimabedingten Gesundheitsrisiken in Österreich.

Von den Folgen dieser Entwicklung sind jedoch nicht alle Menschen gleichermaßen betroffen. Besonders armutsgefährdete Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen verfügen oft über deutlich geringere Möglichkeiten, sich vor extremer Hitze zu schützen. Überhitzte Wohnungen, fehlende Beschattung, mangelnde Grünräume im Wohnumfeld oder eingeschränkte finanzielle Spielräume für Kühlungsmaßnahmen führen dazu, dass Hitzebelastungen für viele Betroffene zur unmittelbaren gesundheitlichen und sozialen Herausforderung werden. Gleichzeitig sind Menschen mit geringem Einkommen häufiger von chronischen Erkrankungen betroffen, die das Risiko hitzebedingter Gesundheitsprobleme zusätzlich erhöhen.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei Personengruppen, die bereits heute überdurchschnittlich von Armut betroffen sind und andere vulnerable Menschen. Dazu zählen etwa Alleinerzieher:innen, ältere Menschen – insbesondere Frauen –, Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung, Menschen mit Behinderungen, sowie Personen mit Betreuungs- oder Pflegeverpflichtungen. Die Klimakrise droht bestehende soziale Ungleichheiten weiter zu verschärfen und trifft jene Menschen besonders, die bereits jetzt mit strukturellen Benachteiligungen konfrontiert sind.

Der Klimawandel ist daher längst nicht mehr ausschließlich eine umweltpolitische Herausforderung, sondern zunehmend auch eine soziale Frage. Während Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen die Ursachen bekämpfen sollen, braucht es gleichzeitig sozialpolitische Strategien, um die ungleiche Verteilung der Folgen abzufedern und besonders betroffene Bevölkerungsgruppen wirksam zu schützen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und in welcher Form die zunehmenden sozialen Auswirkungen von Hitze und Klimakrise im Zuständigkeitsbereich des Sozialressorts bereits berücksichtigt werden. Insbesondere ist von Interesse, welche Maßnahmen der zuständige Soziallandesrat setzt oder plant, um armutsgefährdete und besonders vulnerable Menschen vor den Folgen zunehmender Hitzebelastungen zu schützen und zu verhindern, dass sich bestehende soziale Ungleichheiten weiter verschärfen.

Es wird daher folgende

Dringliche Anfrage

gestellt:

1. Welche Erkenntnisse liegen Ihrem Ressort über die Auswirkungen von Hitzebelastungen auf Menschen in Armut vor?

2. Wird die zunehmende Hitzebelastung armutsgefährdeter Menschen in den sozialpolitischen Planungen des Landes berücksichtigt?

3. Gibt es eine Strategie Ihres Ressorts zur Vermeidung klimabedingter sozialer Ungleichheiten?

4. Welche Maßnahmen werden in Ihrer Ressortverantwortlichkeit gesetzt, um armutsgefährdete Personen während Hitzeperioden gezielt zu unterstützen?

5. Welche Angebote bestehen für besonders vulnerable Gruppen wie Alleinerzieher:innen, ältere Menschen mit niedrigen Einkommen, wohnungslose Menschen oder Menschen mit Behinderungen während längerer Hitzeperioden?

6. Welche Unterstützungsangebote bestehen für Menschen, die sich notwendige Hitzeschutzmaßnahmen nicht leisten können?

7. Werden Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und Armutsbekämpfung, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und psychosoziale Einrichtungen bei der Bewältigung von Hitzeperioden zusätzlich unterstützt?

8. Wenn ja, in welcher Form?

9. Welche Maßnahmen planen Sie in den kommenden Jahren, um die wachsenden sozialen Folgen der Klimakrise für armutsgefährdete Menschen in der Steiermark abzufedern?

10. Werden klimabedingte Belastungen und Risiken im Rahmen der steirischen Armutsbekämpfungs- und Sozialplanung systematisch erfasst und berücksichtigt?

11. Plant die Landesregierung ein Monitoring zur sozialen Verteilung der Folgen der Klimakrise in der Steiermark und wenn nein, warum nicht?

Unterschrift(en):
LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne)